



BUND
Naturschutz
in Bayern e.V.

Landesverband Bayern
des Bundes für Umwelt-
und Naturschutz
Deutschland e.V.

Landesfachgeschäfts-
stelle Nürnberg

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Diskussionspapier

Traktorenaufmärsche – grüne Kreuze – Mahnfeuer – Bauernproteste – warum und wofür?

Von Stephan Kreppold, Sprecher des Landesarbeitskreises
Landwirtschaft und selbst Biobauer

Nach dem Bekunden der Initiatoren von „Land schafft Verbindung“
richtet sich der Protest strichpunktartig gegen:

1. Die Nichtwertschätzung durch die Gesellschaft –
von „Bauernbashing“ ist die Rede.
2. „Die Politik hört nicht mehr auf uns“ So BBV Heidl im Bayrischen Land-
wirtschaftlichen Wochenblatt.
3. Die Neufassung der Düngeverordnung
4. „Redet mit uns, nicht über uns“
5. „das Klimapaket, Insektenschutzprogramm und das bayrische Volksbe-
gehren Artenvielfalt“
6. Die zunehmende Einflussnahme von NGO's und grünen Initiativen
7. Verschärfte Gesetzgebung zur Haltung von Nutztieren im Besonderen bei
Zucht- und Mastschweinen und Geflügel.

Nachfolgend versuche ich aus meiner Sicht klärende Feststellungen zu treffen.

Zu 1.: Die Nichtwertschätzung sprich Bauernbashing

Aus meiner Sicht gibt es kein Bauernbashing (welches die Ministerien „abstel-
len möchten“). Die Bauernfamilien rangieren bei Umfragen zur gesellschaftli-
chen Bedeutung hinter Ärzten und Krankenschwestern auf den vordersten Plät-
zen. Viele besonnenen Bürger wissen um den hohen arbeitszeitlichen Einsatz
der Bauernfamilien, gerade in Tierhaltungsbetrieben. Viele wissen um den be-
grenzten Lohn- und Freizeitanspruch und um den Beitrag der Bauernfamilien
zum Gelingen der dörflichen Gemeinschaft.

Wenn aber bei den genannten Erhebungen systembezogene Fragen gestellt
werden, wie z.B.: „Wie gut werden die Nutztiere gehalten? Oder „schädigt in-
tensive, chemiebasierte Landnutzung Artenvielfalt und Wasserqualität?“, dann
zeigen die Zustimmungswerte stark nach unten.

Also, bei differenzierter Betrachtung gibt es kein Bauernbashing, sondern ein
Systembashing. Das heißt, der Bauer in Ordnung, das was er tut nicht. Und

wenn es so ist, dann muss das intensive Landnutzungs- und Tierhaltungssystem auf den Prüfstand.

Zu 2.: „Die Politik hört nicht mehr auf uns“. So BBV-Heidl im BLW

Dazu ist festzustellen, dass die Bauernvertretung bis vor kurzem bei der staats-tragenden Mehrheitspartei in Bayern und in Berlin beinahe selbstverständlich immer Gehör gefunden hatte. Im Rahmen dieser weitgehend in Personalunion funktionierenden Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und Bauernverband konnten alle kritischen Fragen an das System der intensiven Landnutzung und Tierhaltung über 25 Jahre abgeblockt und verniedlicht werden. Durch den Druck nachstehender Fakten rücken nun auch immer mehr CDU/CSU Funktio-näre von BBV Positionen ab.

Stichpunktartig ist zu nennen:

- Die Grandiose N-Überdüngung (heute noch 80 kg/ha auf 16 Mill ha LN in BRD) und die damit verbundene Gefährdung von Grund- und Trinkwas-ser.
- -Der massive Import von Eiweißfuttermitteln aus Übersee mit extremen ökologischen und sozialen Auswirkungen in den Herkunftsländern
- Das „Anpassen“ der Anatomie von Schweinen und Geflügel an die „mo-dernen“ Haltungssysteme: Schnabelkürzen, Schwanzkupieren, betäu-bungslose Kastration, Enthornen bei Rindern
- Die Verharmlosung der Risiken, welche mit der Anwendung von Agrar-chemie verbunden sind. Bis zum heutigen Tag wird die Gefährdung der Artenvielfalt durch Pestizide einerseits und durch enge Fruchtfolgen an-dererseits bestritten. Dabei liegen mittlerweile viele Erhebungen von re-nommierten Wissenschaftlern vor, welche genau diese Risiken und Aus-wirkungen bestätigen. Bereits 1990 hat der LfL-Pflanzenbau-Wissen-schaftler Dr. Günther Pommer nach mehrjähriger Beobachtung verschie-dener Landnutzungssysteme die Aussage getroffen: „Wer Artenvielfalt will, muss Agrarchemie drastisch einschränken!“ Auf Grund dieser und weiterer Fakten begreift auch CDU/CSU die Notwendigkeit einer Agrar-wende. Ein „weiter so“ wie es auch „Land schafft Verbindung“ fordert, findet immer weniger Gehör.

Zu 3.: Die Neufassung der Düngeverordnung

Dazu ist festzustellen, dass es diese zunehmend strenger werdende Verord-nung gar nicht bräuchte, wenn die Gesamtmenge aller tierischen Ausscheidun-

gen gleichmäßig auf die 16 Mill. ha LN in der BRD ausgebracht würden. Im Wesentlichen sind 2 Ursachen für die Gefährdung von Grund- und Trinkwasser durch Nitrat aus der Tierhaltung anzuführen.

Da ist zum einen die Konzentration der Tierhaltung in bestimmten Regionen zu sehen. In manchen Dörfern und Regionen, mehrheitlich in nord- und ostdeutschen Bundesländern, leben z.B. bis zu 50 x mehr Schweine als Bürger. Zum zweiten ist zu sehen, dass der zusätzliche Einkauf von N-Handelsdüngermengen und der N-Import über Eiweißfuttermittel konsequent kontrollierbar gemacht werden muss. Nährstoff- und Düngebilanzen sind mittlerweile, zu einem mit Recht, beklagten „Dokumentationsmonster“ geworden. Trotzdem ist sehr wahrscheinlich, dass in vielen Betrieben diese Bilanzen auf dem Papier angepasst werden. Wie sonst würde sich der vom UBA ermittelte N-Überschuss erklären. (s. Seite 1). Unter dem Eindruck dieser „Ungenauigkeiten“ ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gehalten, stichprobenartig die Zukaufsmengen über die Bilanzbuchhaltung der Betriebe zu ermitteln. Diese, in Aussicht gestellte Kontrollmaßnahme führt natürlich zu einem weiteren Aufschrei in Richtung „Gängelung, Bürokratie, Überwachung“.

Zu 4.: Redet mit uns...

Diese Aussage steht diametral zu Wirklichkeit. Die Berufsvertretung der Landwirtschaft ist wie kaum eine andere Branche strukturell sehr gut gegliedert. Über Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände sind die gewählten Führungskräfte in alle relevanten agrarwirtschaftlichen und politischen Entscheidungsvorgänge eingebunden. Darüber hinaus sind die DBV-Funktionäre in fast allen Gremien die der Landwirtschaft vor- und nachgelagert sind (in erschreckendem Umfang) vertreten. Wenn nun all diese Einflussmöglichkeiten als nicht wirkungsvoll empfunden werden, muss die Qualität der eingebrachten Argumente hinterfragt werden. Die Grußwort-Redner bei unseren großen Bauern- und Landfrauenveranstaltungen sind voll des Lobes über die arbeitsamen, tier- und naturliebenden Bauern und Bäuerinnen. Und versprechen vollmundig jede mögliche, politische Unterstützung. Deswegen ist mir nicht schlüssig, wenn gesagt wird „man redet nicht mit uns“.

Zu 5.: das erweiterte bayerische Naturschutzgesetz bzw. Ergänzungsgesetz als Folge des „Volksbegehrens Artenschutz“.

Die Aufregung der Landwirte war zunächst verständlich, nachdem die meisten im Text des V.B. formulierten Maßnahmen in die Bewirtschaftungsautonomie der Betriebe eingreifen. In einer vom Bauernverband im Schulterschluss mit dem Ministerium betriebenen Gegenkampagne wurde die Verantwortung für den Artenschwund weit mehr als sachlich stimmig auf alle Mitverursacher ab-

geladen (Steingärten, Mähroboter, Lichtverschmutzung, etc.). In den Stellungnahmen vom BBV und des Ministeriums wurde in fahrlässiger Weise die Förderschädlichkeit der im Text vorliegenden Maßnahmen hineininterpretiert (z.B. Gewässerrandstreifen). Damit waren viele Bauernfamilien restlich aufgescheucht. Bedrohungsszenarien aus dem Mund von „Berufenen“ verstärkten diese Ablehnung. So verstieg sich Ministerin Kaniber im Rahmen der Festrede zum Jubiläum des Maschinenringes Buchhofen (Ndy.) im Frühjahr des Jahres zu der Aussage: „Das Volksbegehren trägt enteignungsgleiche, ja kommunistische Züge“.

Welche Wandlung scheint Frau Ministerin durchgemacht zu haben, wenn sie das neue, unveränderte Gesetz jetzt als „gute Sache“ vertritt. Bedeutsamer noch ist die Frage, wie die Angesprochenen mit dieser Wandlung umgehen. Im Übrigen ist zu sehen, dass mit dem sog. Ergänzungsgesetz auf kurzem Weg weitere Verschärfungen für die konventionelle Landnutzung festgelegt wurden. So hätten sich die Initiatoren des VB niemals getraut, eine Pestizidreduktion von 50 % bis 2026 zu fordern. In der Summe dieses innerhalb von 5 bis 10 Monaten Erlebten bricht für die BBV-orientierte Bauernschaft die Welt zusammen. Einer Art von Forderungs- und Bedrohungs-Tsunami ist das gleichzusetzen.

Zu 6.: Die zunehmende Einflussnahme der NGO´s bzw. der Natur- und Umweltschutzverbände

Der Vizepräsident eines ostdeutschen Landesbauernverbandes bezeichnete dieses Bündnis als „grüne Pest“. Der BUND weist im Verbund mit weiteren Partnern (Plattformverbände, Agrarbündnis Bayern) seit vielen Jahren auf die Notwendigkeit einer Kurskorrektur in Agrarpolitik und Agrarwirtschaft hin. Seit 2012 fordern Zigtausende von besorgten Bürgern und vieler besonnenen Bauernfamilien aus ganz Deutschland zeitgleich mit der „Grünen Woche“ die Weichenstellung für eine naturverträgliche tier-, klima- und ressourcenschonende Wirtschaftsweise. Durch die konzentrierte Einflussnahme derjenigen, die von diesem System leben wie die „Made im Speck“ wurden beinahe alle Reformbemühungen ausgebremst (s. Punkt 2).

Gleichzeitig aber entwickelte sich kontinuierlich eine breite gesellschaftliche Erwartung im Hinblick auf den Schutz der Gemeingüter Wasser, Boden, Luft, Ressourcen und intakte Landschaften. Die regierende Politik in Bayern, BRD und Brüssel konnte aber in der Verflechtung mit der Agrarlobby diesen gesellschaftlichen Erwartungen höchstens scheinbar nachkommen. Unter diesen Umständen ist es zu starken Bündnissen zwischen Natur- und Tierschutzverbänden, „grünen“ Parteien und vielen NGO´s gekommen. Wenn diese Politik nicht zum Handeln bereit ist müssen diese Bündnisse Verantwortung für den

Erhalt gesunder Lebensbedingungen übernehmen. Im Zusammenhang der breiten ges. Debatte zum bayerischen V.B. zeigt sich, dass viele Bürger ein „Weiter so“ ablehnen.

„Naturschutz kann nur gemeinsam mit der Landwirtschaft gehen“ so ist unisono zu vernehmen. An der Schlüssigkeit dieser Aussage ist ja nicht zu zweifeln, nachdem ca. 40 % der bayerischen Landesfläche landwirtschaftlich genutzt werden und sich dabei Interessensunterschiede zwischen Nützen und Schützen dieser Fläche zwangsläufig ergeben. Idealerweise sollten im fairen Dialog einvernehmliche Lösungen entwickelt werden, so wie es an einigen Orten bereits gelungen ist erweiterte Wasser- und Naturschutzleistungen zu belohnen. Leider funktionierte diese Freiwilligkeit z.B. im Bereich Gewässerrandstreifen in Bayern nur auf ca. 20 % der vorhandenen Wasserläufe. Also musste im Zusammenhang des Volksbegehrens eine Verpflichtung eingeführt werden. Dies nicht zuletzt deswegen, weil ein bundesweites Pestizidmonitoring zum Zustand der Kleingewässer eine bedrohliche Schadstoffbelastung ergab.

Unter dem Eindruck dieser Fakten wird es im Hinblick auf den notwendigen Umwelt-, Natur- und Tierschutz weitere verschärfende Gesetze geben, wenn freiwillige Vereinbarungen nicht zustande kommen. Die mit diesen Verschärfungen verbundenen Bewirtschaftungerschwernisse müssen – wenn der Markt dies nicht honoriert- durch umgeleitete öffentliche Gelder ausgeglichen werden.

Zu 7.: Verschärfte Gesetzgebung zur Haltung von Nutztieren, im Besonderen bei Zucht- und Mastschweinen und Geflügel

Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (WBA) hat 2015 mit einer Ausarbeitung zur intensiven Nutztierhaltung derselbe die Zukunftsähigkeit abgesprochen. Dies v.a., weil Haltungs-, Aufstellungs- und Fütterungsbedingungen z.T. weit von einer wesensgemäßen Form abweichen.

- Prof. Gareis von der LMU hat 2014 die Ergebnisse seiner Studie veröffentlicht wonach 80 % der in 3 bayerischen Schlachthöfen angelieferten Mastschweine leichte, mittlere und schwere Ausbildung Bursitiden (sog. Falsche Schleimbeutel) aufweisen. Nach eindeutiger Aussage von Sachverständigen stehen diese schmerzhaften Veränderungen ursächlich im Zusammenhang mit den perforierten, harten Betonböden
- Bei ca. 90 % der 58 Millionen Schlachtschweine in der BRD werden vorbeugend, systematisch die Schwänze in der erste Lebenswoche über einer glühenden Klinge auf 1 ein Drittel ihrer Länge eingekürzt.

Ich bin persönlich immer wieder entsetzt beim Betrachten von Bildern mit diesen schwanzverstümmelten Mastschweinen und qualvoll engen Kastenständen mit Muttersauen. Im Anhang lege ich 2 Bilder dazu bei.

Im Blick nach vorne zeichnen sich gewaltige Herausforderungen zum Umbau von Schweine- und Geflügelstallsystemen ab. Hier können die Betriebe nicht allein gelassen werden. Die Gesellschaft und v.a. der Staat hat hier eine große Verpflichtung zu übernehmen. Zum einen haben diese modernen Systeme über 30 Jahre zu billigen Fleisch-, Eier- und Milchpreisen geführt. Der Bürger konnte dadurch einen großen Teil seines Einkommens in den allgemeinen Konsum (inkl. Autokauf) einbringen. Zum zweiten hat die Politik diese Systeme 30 Jahre gefordert und gefördert. Noch in der Förderperiode von 2010 bis 2015 reichte das bayrische Landwirtschaftsministerium 80 Mill. Euro an Zuschüssen zum Bau von Schweineställen aus, obwohl bereits bekannt war, dass Vollspaltenböden zu Gelenkschädigungen führen.

Zurück zur Eingangsfrage „Demos warum und wofür?“

Es ist anzunehmen, dass dieser undifferenzierte Protest den Dialog mit der „so kritischen Gesellschaft“ nicht befördern wird, weil sich alle Forderungen „Gegen etwas richten“. Sinnvoll erschien mir, die Bereitschaft zu einer System-Kurkorrektur zu postulieren und Politik und Gesellschaft konstruktiv in die Verantwortung einzubeziehen. Die von Glöckner und Kaniber angekündigten millionenschweren Imagekampagnen werden weiterhin ins Leere laufen. Dies solange, bis die Landwirtschaft:

1. Bilder von Innenansichten tier- und wesensgerechter Aufstallungen zeigen kann.
2. Der schlüssige Nachweis geliefert ist, dass das Düngungssystem der Kulturpflanzen Grund- und Trinkwasser nicht gefährdet.
3. Die chemieorientierte Landbewirtschaftung keine kurz- und langfristige Gefährdung der Gesundheit von Mensch, Wasser, Tier, Pflanzen und Boden mit sich führt,

An diesen Dringlichkeiten wird sich nichts ändern, auch wenn alle zugelassenen Traktoren (geschätzt 750.000) bundesdeutsche Städte blockieren, parallel dazu an allen Straßen neuchristliche, agrarpolitisch motivierte Kreuzwege installieren und theatralisch inszenierte Mahnfeuer abgebrannt werden.

Ausblick

Im Blick nach vorne stellt sich die Frage, welchen Beitrag für eine naturverträgliche Weiterentwicklung der Landwirtschaft „Land schafft Verbindung“ zu leisten bereit ist.

Jedenfalls bedarf es dazu der konstruktiven Auseinandersetzung mit allen Erneuerungswilligen in Politik, Berufsvertretung und Gesellschaft.

Die Dynamik dieser Bewegung muss um des Erfolges willen dringend in zukunftsfähige Konzepte einfließen.